

Festzuschuss statt prozentuale Finanzierung beim Zahnersatz

Das Bundeskabinett hat am Mittwoch, dem 28. Mai, Ulla Schmidts Gesundheitsreform verabschiedet. Einige Änderungen in letzter Minute sollen dem Gesetz durch den Bundesrat helfen. ZT Zahntechnik Zeitung berichtet über Eckpunkte der Reform.

Berlin (dh) – Entgegen bisherigen Planungen sollen Krankenkassen nun doch keine Sonderkredite auf-

nehmen können, um einen Anstieg des Beitragssatzes auf über 15 % zu verhindern. Des Weiteren dürfen Apotheker nicht nur fünf, sondern unbegrenzt viele Apotheken eröffnen. Von diesen Lastminute-Änderungen blieben die geplanten Reformen beim Zahnersatz unberührt. Es gilt auch künftig die Regelung, dass die Krankenkassen in Zukunft feste Zuschussbeträge zum Zahnersatz zahlen werden, statt der bisher üblichen prozentualen Finanzierung. Eine Maßnahme, die

weiterhin auf scharfe Kritik der deutschen Zahnärzteschaft stößt. „Für uns klingt vieles immer noch eher nach ausgehendem 19. Jahrhundert“, so äußerte sich BZÄK-Präsident Jürgen Weitkamp über die Reformbemühungen der Ministerin, und forderte gleichzeitig einen Übergang von der Versicherungspflicht zur Pflicht zur Versicherung. Trotz aller Kritik soll der Gesetzentwurf auf Sonderparteitagen von SPD und Grünen beraten, und am 3. und 4. Juli in letz-

ter Lesung vom Bundestag verabschiedet werden. Danach muss der Gesetzestext noch die Hürde Bundesrat bewältigen. Dort kann die Opposition den Reformentwurf durch eine Anrufung des Vermittlungsausschusses vorläufig stoppen. Ulla Schmidt appellierte an die Opposition, ihr Vorhaben zum Wohle aller nicht zu blockieren. Sollte das dennoch passieren, plant Ulla Schmidt einzelne Teile des Gesetzesentwurfs, die im Bundesrat nicht zustimmungspflichtig sind, etwa

die geplanten Leistungskürzungen oder die Erhöhung von Zuzahlungen, aus dem Gesamtpaket herauszulösen und einzeln durchzusetzen. Trotz aller angesprochenen Unwägbarkeiten werden die Eckpunkte

der Reformmaßnahmen verwirklicht werden. ZT Zahntechnik Zeitung stellt Ihnen deshalb die wesentlichen Punkte der Reform kurz vor, und erläutert die wahrscheinlichen Änderungen für die Patienten. **ZT**

ANZEIGE

picodent
Zeiser-Modellsystem
Das Original
 Vertrieb + Kurse bei uns
 Liebrechtstr. 24-26
 51888 Wipperfurth
 Telefon 0 22 07 - 65 89 8
 Telefax 0 22 07 - 65 89 38
 www.picodent.de

ZT Gesundheitsreform

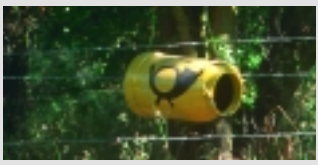
Was sich für die Bürger ändert

- Für Zahnersatz gibt es zukünftig feste Zuschussbeträge.
- Brillen und andere Sehhilfen werden nicht mehr bezuschusst.
- Versicherungsfremde Leistungen werden künftig teilweise aus Steuergeldern finanziert (z.B. Tabaksteuer).
- Erhöhte Zuschüsse für Arzneimittel und Krankenhausaufenthalt.
- Krankengeld wird nicht mehr paritätisch finanziert.
- Praxisgebühr von 15 Euro pro Quartal, ausgenommen Augen-, Kinder- und Frauenärzte.
- Qualitätssicherung: Das „Deutsche Zentrum für Qualität in der Medizin“ soll Empfehlungen für Ärzte und Kassen erarbeiten.
- Korruption: Es wird eine Stelle zur Bekämpfung von Korruption im Gesundheitswesen geschaffen.

ZT Schreiben Sie uns!

Ihnen brennt ein Thema unter den Nägeln? Sie möchten den Berufskollegen Ihre ganz persönlichen Erfahrungen und Ansichten näher bringen, zur allgemeinen Diskussion anregen oder unserer Redaktion einfach nur Feedback geben? Dann schreiben Sie uns! Schicken Sie uns Ihre Meinung an folgende Adresse:

Redaktion ZT Zahntechnik Zeitung
 Stichwort „Leserbriefe“
 Oemus Media AG
 Holbeinstraße 29
 04229 Leipzig
 Fax: 03 41/4 84 74-2 90
 E-Mail: c.sens@oemus-media.de



Weniger Kranke im Handwerk

IKK-Bundesverband legt neueste Zahlen für das Handwerk vor

Bergisch-Gladbach (ots, ms). Der Krankenstand der IKK-Pflichtversicherten im Handwerk ist im Jahr 2002 gesunken. Das geht aus den neuesten Zahlen des IKK-Bundesverbandes hervor. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Zahlen um 0,1 %-Punkte auf 5,0 % gesunken. Damit setzte sich ein Trend fort, der seit drei Jahren zu verzeichnen ist. Auch die Fehltagelagen nahmen im Jahr 2002 weiter ab. So fehlte ein Handwerker im Schnitt nur noch 18,3 Tage an seinem Arbeitsplatz. Im Jahr 2000

waren es noch 19,2 Tage. „Krankheitstage sind für die Arbeitgeber ein wesentlicher Kostenfaktor. Deshalb sind die sinkenden Zahlen ein gutes Zeichen für das Handwerk“, erklärte Rolf Stuppardt, Vorstandsvorsitzender des IKK-Bundesverbandes. Basis dieser Ergebnisse sind die Arbeitsunfähigkeitsdaten von mehr als zwei Mio. IKK-Versicherten. Der IKK-Bundesverband stellt diese Zahlen einmal im Jahr zusammen, um Krankheitsschwerpunkte im Handwerk zu ermitteln. **ZT**



ZT ZAHNTECHNIK ZEITUNG

IMPRESSUM

Verlag
 Verlagsanschrift: Oemus Media AG, Holbeinstraße 29, 04229 Leipzig
 Tel.: 03 41/4 84 74-0
 Fax: 03 41/4 84 74-2 90
 kontakt@oemus-media.de

Sitz:
 Oemus Media AG, Balthasarstraße 79, 50670 Köln
 Tel.: 02 21/97 31 38-70
 Fax: 02 21/97 31 38-79
 koeln@dentalnet.de

Chefredaktion
 Roman Dotzauer (rd), Betriebswirt d. H. (v.i.S.d.P.)
 Tel.: 03 71/52 86-0
 E-Mail: roman-dotzauer@dotzauer-dental.de

Dirk Hein (dh), (Assistenz Chefredaktion)
 Tel.: 03 71/52 86-0
 E-Mail: dirk_hein@web.de

Redaktionsleitung
 Cornelia Sens (cs), M.A. (Ressort Berufspolitik, Wirtschaft)
 Tel.: 03 41/4 84 74-1 22
 E-Mail: c.sens@oemus-media.de

Redaktion
 Michael Stein (ms), M.A. (Redaktionsassistent)
 Tel.: 03 41/4 84 74-1 23
 E-Mail: m.stein@oemus-media.de

Holger Trampert (ht), ZTM (Ressort Berufspolitik)
 Tel.: 0 89/9 04 32 21
 E-Mail: zwt@htz.de

Carsten Müller (cm), ZTM, Betriebswirt d. H. (Ressort Wirtschaft)
 Tel.: 03 41/69 64 00
 E-Mail: Adentaltec@aol.com

Natascha Brand (nb), ZT (Ressort Technik, Service)
 Tel.: 0 62 62/91 78 62
 E-Mail: brand@dentalnet.de

Projektleitung
 Stefan Reichardt (verantwortlich)
 Tel.: 03 41/4 84 74-2 22
 reichardt@oemus-media.de

Anzeigen
 Lysann Pohlann (Anzeigendisposition/-verwaltung)
 Tel.: 03 41/4 84 74-2 08
 Fax: 03 41/4 84 74-1 90
 ISSN: 03 41/4 84 74-31/-1 40 (Mac Leonardo)
 03 41/4 84 74-1 92 (Fritz-Card)
 pohlann@oemus-media.de

Gleiche wirtschaftliche Rahmenbedingungen für Ost und West schaffen

„Berliner Modell“ vorgestellt

Die Kooperationsgemeinschaft der ostdeutschen Zahntechniker-Innungen stellte dem Gesundheitsausschuss der SPD-Fraktion unter der Führung von Eckhart Lewering das „Berliner Modell“ zur Angleichung der Vergütungen für zahntechnische Leistungen der ostdeutschen an die der alten Bundesländer vor.

Berlin (cm) – Spitzenvertreter der ostdeutschen Zahntechniker-Innungen trafen am 7. Mai 2003 mit dem stellvertretenden gesundheitspolitischen Sprecher der SPD-Fraktion Eckhart Lewering im Berliner Abgeordnetenhaus des Deutschen Bundestags unter den Linden zusammen. Wie zuvor in Gesprächen mit dem Gesundheitsausschuss vereinbart, wurde die Kooperationsgemeinschaft aufgefordert, Finanzierungsvorschläge zur dringend notwendigen Angleichung der Ost-Vergütung für zahntechnische Leistungen an das Westniveau zu erarbeiten und vorzustellen. So informierte MdB Eckhart Lewering die Kooperationsgemeinschaft zunächst über den aktuellen Stand der Reformvorschläge der SPD:

- Einführung eines Festzuschussystems.
- Begutachtung von umfangreichen Härtefällen.
- Die 5%ige Absenkung für zahntechnische Leistungen in gewerblichen Laboren in den neuen Bundesländern wird zum 01.01.2004 zurückgenommen.
- Öffnung des § 71 SGBV für einen politisch gewollten, schrittweisen und funktionsfähigen Annäherungsprozess der Vergütungen für Zahnersatz in den neuen Bundesländern an das durchschnittliche Westniveau bis 2007.
- Ab 2004 eine jährliche Mindestanpassung von 3,75 %.

werden. Somit wäre die Finanzierung kostenneutral und würde die Kassen der GKV nicht zusätzlich belasten. Im Gegenzug erklärte sich die Kooperationsgemeinschaft für ein neues Bündnis für Arbeit und Ausbildungsplätze bereit. Ziel des „Berliner Modells“ ist es, gleiche wirtschaftliche Rahmenbedingungen für Ost und West zu schaffen und den seit 13 Jahren bestehen-

den „Ostabschlag“ zu überwinden. Das ostdeutsche Zahntechnikerhandwerk soll nicht weiter von der allgemeinen Wirtschafts- und Einkommensentwicklung abgekoppelt werden. Damit dieses Ziel endlich in die Tat umgesetzt wird, wurden weitere Gespräche vereinbart. So lud Eckhart Lewering die Kooperationsgemeinschaft für den Juni 2003 nach Berlin ein. **ZT**



V.l.n.r.: Nils Frithjof Uding (Geschäftsführer ZI Sachsen-Anhalt), Roland Unzeitig (Obermeister ZI Sachsen-Anhalt), MdB Eckhart Lewering (SPD), Johannes Lorenz (Obermeister ZI Westsachsen), Dr. Manfred Beck (Geschäftsführer ZI Berlin-Brandenburg), Arnd-Frithjof Erwin (Obermeister ZI Dresden-Leipzig).

Die ZT Zahntechnik Zeitung erscheint regelmäßig als Monatszeitung. Die Beiträge in der „Zahntechnik Zeitung“ sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck, auch auszugsweise, nur nach schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit von Verbands-, Unternehmens-, Markt- und Produktinformationen kann keine Gewähr oder Haftung übernommen werden. Es gelten die AGB und die Autorenrichtlinien. Bezugspreis: Einzelheft 3,50 € ab Verlag zzgl. gesetzl. MwSt. und Versandkosten. Jahresabonnement im Inland 35,- € ab Verlag zzgl. gesetzl. MwSt. und Versandkosten. Abo-Hotline: 03 41/4 84 74-0. Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung (gleich welcher Art) sowie das Recht der Übersetzung in Fremdsprachen – für alle veröffentlichten Beiträge – vorbehalten. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Bei allen redaktionellen Einsendungen wird das Einverständnis auf volle und auszugsweise Veröffentlichung vorausgesetzt, sofern kein anders lautender Vermerk vorliegt. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Bücher und Bildmaterial übernimmt die Redaktion keine Haftung.